



Terroristen ohne Rückhalt in der Bevölkerung

Forscherin betont Einsatz Indonesiens für friedliches Zusammenleben verschiedener Religionen

Münster, 17. Juli 2009 (exc) Die islamistische Vereinigung Jemaah Islamiah, die möglicherweise hinter den jüngsten Anschlägen auf zwei Luxushotels in Jakarta steckt, hat nach Einschätzung der Münsteraner Wissenschaftlerin Simone Sinn keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Die gewaltsame Durchsetzung religiöser Vorstellungen werde von der breiten Mehrheit der Indonesier abgelehnt, erklärt die evangelische Theologin. Sie erforscht im Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Westfälischen Wilhelms-Universität, wie Christen und Muslime des Landes übereinander denken und sprechen.

In Indonesien leben fast 200 Millionen Muslime, mehr als in jedem anderen Land der Welt. Ihr Anteil an der Bevölkerung beträgt nach offiziellen Angaben fast 90 Prozent. Nach dem Sturz des autokratischen Herrschers Suharto im Jahr 1998 hat die demokratische Grundordnung des Landes Simone Sinn zufolge spürbar positive Veränderungen in der Gesellschaft bewirkt und zur Einrichtung und Stabilisierung politischer Institutionen beigetragen. Die Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres hätten gezeigt, dass die Mehrheit der indonesischen Bevölkerung demokratischen Parteien vor islamistischen den Vorzug gebe.

"Es ist eine der größten Herausforderungen für diese Demokratie, das Verhältnis von Religion und Politik zu klären und das Zusammenleben verschiedener Religionen friedlich zu gestalten", erklärt die Forscherin. Gerade weil Religion ein wichtiger Faktor im öffentlichen Leben dieses Landes sei, dürfe man ihre Rolle für die Entwicklung der Demokratie nicht unterschätzen.

Wie die Wissenschaftlerin weiter erläutert, gibt es in der Geschichte Indonesiens zahlreiche Beispiele dafür, dass Menschen verschiedener Religionen gut zusammengelebt haben. Rechtlich sei die Religionsfreiheit als Grundrecht aller Bürger in der Verfassung verankert. Gleichzeitig werde der Glaube an einen Gott als eines von fünf Grundprinzipien des Landes benannt.

Eine breite gesellschaftliche Debatte haben laut Simone Sinn Initiativen ausgelöst, in einigen Regionen islamisches Recht, die Scharia, einzuführen. Dabei habe sich gezeigt, dass es in Indonesien eine lebendige Zivilgesellschaft und reformorientierte muslimische Organisationen gebe, die eine kritische Auseinandersetzung mit islamistischen Kräften nicht scheuten.

"Religion steht immer wieder in der Gefahr, politisiert und instrumentalisiert zu werden. Deshalb ist es eine positive Entwicklung, dass es in Indonesien unter den Muslimen selbst eine intensive Debatte um die Rolle von Religion im öffentlichen Leben gibt", so Simone Sinn.

(arn)

"Religion und Politik" - Der Exzellenzcluster der WWU Münster

Im Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster forschen gut 150 WissenschaftlerInnen aus 18 geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die arabische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 37 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2012 mit 37 Millionen Euro.

Kontakt:

Dr. Holger Arning Zentrum für Wissenschaftskommunikation des Exzellenzclusters "Religion und Politik" Johannisstraße 1-4 48143 Münster

Tel.: 0251/83-23241 Fax: 0251/83-23246

religionundpolitik@uni-muenster.de

www.religion-und-politik.de